

15. Jänner 2025

Winkler: SPÖ OÖ sagt NEIN zum OÖ-NÖ-IV-Belastungspaket für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen

Stelzer und Mikl-Leitner wollen mit IV-Spitze die eigenen Arbeitnehmer einseitig belasten. FPÖ schweigt vielsagend.

„Das Vorgehen der ÖVP-Landeskaiser Thomas Stelzer und Johanna Mikl-Leitner gemeinsam mit der Industriellenvereinigung (IV) ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten“, prangert SPÖ-OÖ-Vorsitzender Martin Winkler das gestern vorgelegte Belastungspaket gegen die eigenen Beschäftigten in der Industrie an.

„Exakt an dem Tag, an dem die Bundesregierung mit der Industriestromsenkung eine Riesenunterstützung für die Industrie in unserem Land beschließt, fordert IV-NÖ-Chef Ochsner umrahmt von den in ihren Ämtern stark gefährdeten ÖVP-Granden Stelzer und Mikl-Leitner, ein unglaubliches Belastungspaket für ihre eigenen Beschäftigten im Land. Gemeinsam träumt man davon, dass die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen 2 % mehr ohne Lohnausgleich arbeiten, dazu ein um 2 % steigendes Pensionsalter schlucken und ‚zu schlechter Letzt‘ noch höhere Selbstbehalte von 2% als Krankenstrafsteuer in der Gesundheitsversorgung zahlen sollen. Diesen unsinnigen einseitigen Anschlag auf Arbeitnehmerrechte kann man sich nur erklären, wenn Funktionsträger ängstlich den Atem der blauen Regierungskollegen in den Landesregierungen im Nacken spüren, weil die FPÖ offenbar bei IV und Co mehr Unterstützer findet als die ÖVP“, analysiert Winkler den Stelzer-Mikl-Leitner-Ausritt.

ÖVP und IV sollen staatspolitische Verantwortung wahrnehmen

Für Winkler als erfahrenen Wirtschaftsmann ist das Verhalten der IV nicht mehr nachvollziehbar. Statt im Sinne staatspolitischer Verantwortung über einen gerechten Finanzierungsbeitrag zur Aufbringung der erforderlichen Budgetmittel für die Industriestromsubvention nachzudenken, sollen einseitig bloß die Arbeitnehmer stärker zur Kasse gebeten werden, zeigt Winkler auf. Er habe dafür kein Verständnis und macht klar: „Die Industriellenvereinigung agiert immer mehr als Ego-Shooter-Verein, offenbar nach dem abgedroschenen Motto Geiz ist geil. Die IV betrachtet den Staat sekundiert von schwarzen Landesspitzen offenbar als Bankomat, wo man gerne abhebt, aber selbst möglichst nichts einzahlen will. Der wichtigste Steuerbeitrag der Industrie, die Körperschaftsteuer, wurde auf Betreiben der IV von 55% auf 23% um mehr als die Hälfte gesenkt. Wenn der Staat der Industrie mit Strompreissubventionen helfen muss, dann sollte die IV zuerst darüber nachdenken, wie sie selbst einen größeren Beitrag zum Budget leisten könnte. Es stünde ÖVP und IV aus staatspolitischer Verantwortung besser an, eine Anhebung der Körperschaftsteuer um 2% auf 25% zu präsentieren statt eines einseitigen, ungerechten Belastungspakets für Arbeitnehmer. Wir lehnen diesen dreisten Angriff auf die Rechte der fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich strikt ab.“

„Die alten Größen der Industrie würden sich im Grab umdrehen, wenn sie ihre Nachfolger in der IV agieren sehen müssten. Früher hatte die Industriellenvereinigung noch das Staatsganze im Blick und staatspolitische Verantwortung war kein Fremdwort. Diese IV ist heute nur mehr eine Lobby-Organisation für den eigenen Vorteil. Das ist beschämend“, so Winkler in aller Deutlichkeit. Dass die ÖVP diesen Mangel an staatspolitischer Verantwortung unterstützt, wundert Winkler wiederum nicht. Die ÖVP habe das Wirtschaften verlernt, so Winkler, das hätten die Finanzminister der ÖVP mit der Anhäufung von Riesendefiziten in den letzten Jahren leider eindrucksvoll bewiesen.

Causa zeigt: Der Haimbuchner-FPÖ sind die Rechte der arbeitenden Bevölkerung egal

Allerdings spreche es auch Bände, dass die Haimbuchner-FPÖ gar nichts zu ihrem Koalitionspartner ÖVP und zu den IV-Forderungen zu sagen hat, so der SP-Landeschef. „Das blaue Schweigen zeigt einmal mehr, dass der FPÖ die Rechte der arbeitenden Bevölkerung egal sind“, macht Winkler deutlich.

„Unser Plan für Oberösterreich hingegen setzt auf echte Lösungen: massive Investitionen in erneuerbare Energien, günstigeren Strom für Haushalte und Betriebe und eine Infrastruktur, die den Standort stärkt. Das ist der Weg, den wir gehen müssen – nicht die weitere Belastung der arbeitenden Menschen im Land. Wir laden die IV ein, dass sie den Winkler-Plan in Oberösterreich unterstützt, der nachhaltig unseren Standort stärkt. Meine Hand ist ausgestreckt“, lädt Martin Winkler zu Gerechtigkeit für alle ein.

Rückfragen: Klaus Schöngruber, 0664 8846 1863, klaus.schoengruber@spoe.at